

# Einfluss politischer Entscheidungen auf Migrationsströme in Europa

- Am Beispiel der Balkanroute von 2015 bis 2016 -

Bachelorarbeit











## Zielsetzung

- Die getroffenen Endscheidungen der politischen Akteure, sowie ihre Auswirkung auf Flüchtlinge im Hinblick auf Routenänderungen in eine kartographische Visualisierung übertragen
- Konzept für die praktische Realisierung zu entwickeln

13. Juli 2015:	Ungarn beginnt mit dem Bau eines Zauns an der Grenze zu Serbien,
	endgültig am 14. September abgeschlossen
20. Aug. 2015:	Mazedonisches Parlament ruft Ausnahmezustand aus
26. Aug. 2015:	Dublin-III-Abkommen in Deutschland für Syrer außer Kraft gesetzt
5. Sep. 2015:	Deutschland lässt Flüchtlinge ohne Kontrollen aus Ungarn einreisen
13. Sep. 2015:	Einführung von Grenzkontrollen an deutsch-österreichischer Grenze
14. Sep. 2015	Ungarn schließt Grenze zu Serbien
16. Okt. 2015:	Ungarn schließt seine Grenze zu Kroatien
10. Nov. 2015:	Wiederanwendung des Dublin-Verfahrens gegenüber syrischen
	Flüchtlingen
19. Nov. 2015:	Slowenien, Serbien, Mazedonien und Griechenland gewähren nur noch
	Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan die Einreise
4. Jan. 2016:	Schweden und Dänemark führen vorrübergehend Passkontrollen ein
20. Jan. 2016:	Ankündigung der österreichischen Obergrenze von 37.500 Menschen
	für 2016
25. Feb. 2016:	NATO-Marinebund zur Überwachung des Seeverkehrs zwischen der
	Türkei und Griechenland eingesetzt
8. März 2016:	Slowenien, Serbien und Kroatien, Mazedonien schließen Grenzen
	endgültig
20. März 2016:	EU-Türkei Abkommen tritt in Kraft





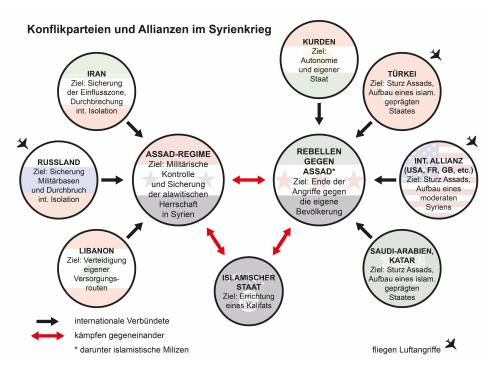






## Syrienkrieg

Der Grund als Auslöser der Flüchtlingskrise liegt in dem Bürgerkrieg der in Syrien herrscht, doch im Gegensatz zu Tunesien oder Libven führten die Unruhen im Arabischen Frühling nicht zum Sturz der Regierung. Das Regime unter Baschar al-Assad stellt sich gegen die Demonstranten, was ab März 2011 zu einem komplexen Krieg mit unzähligen Milizen und Fronten führte. Aber auch internationale geopolitische Interessen, religiösen Unstimmigkeiten und andere autoritäre Führungsregime spielen eine große Rolle bei den Auswirkungen auf die vorherrschende Krise. Denn ob das Assad-Regime gestürzt wird oder nicht, wird Folgen für den gesamten Nahen Osten haben.













### Politische Maßnahmen

- Mit der "Europäischen Migrationsagenda" schuf die EU-Kommission am 13. Mai 2015 fünf Sofortmaßnahmen für eine bessere Steuerung der Migration:
- – Verringerung der Anreize für irreguläre Migration
- Rettung von Menschenleben und Sicherung der Außengrenzen
- – Schaffung einer starken gemeinsamen Asylpolitik
- - Reformierung der Migrationspolitik
- Als Erstes reagierte die rechtnationale Regierung unter Victor Orbán in Ungarn und veranlasste am 13. Juli 2015 den Beginn des Baus eines Zauns an der Grenze zu Serbien. Viele weitere Länder des Balkans folgten in den laufenden Monaten dem Beispiel Ungarns und verstärken ebenfalls die Kontrollen an ihren Außengrenzen. Mit dem EU-Türkei Pakt am 20. März 2016 gilt die Balkanroute als geschlossen. Ziel des Rückführungsabkommen ist es, dass für Bürgerkriegsflüchtlinge es unattraktiv werden soll, sich auf eigene Faust und mithilfe von Schleppern auf den Weg in die EU zu machen.











## Visualisierung

- Die erörterte Vorgehensweise der politischen Akteure, die auschlaggebend auf den Routenverlauf Einfluss nahmen, haben gezeigt, dass es gelang, die Balkanroute zu schließen. Natürlich gibt es immer noch einige hundert Menschen, die es auch heute noch schaffen, alle Barrieren zu überwinden.
- Für die kartographische Visualisierung besteht das Ziel alle wichtigen und nennenswerten Ereignisse einfach und schnell erfassbar abzubilden.













#### **Fazit**

Thomas Nies

• Die europäische Union ist weder eine Festung, noch stehen ihre Türen weit offen. Die politischen Ansprüche, als "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" Schutzsuchenden Aufenthalt zu gewähren und gleichzeitig am Prinzip der Steuerung von Zuwanderung festzuhalten, wurden hier als Spannungsverhältnis deutlich erkennbar. Die Normen des internationalen Flüchtlingsschutzes und der Menschenrechte einerseits sowie die migrationsskeptischen Bevölkerungen der Mitgliedstaaten andererseits zwangen die Regierungen zu dauerhaft Balancen und schwierigen Kompromissen.